

Niederschrift der weiterführende Sitzung des Stadtrates am 08.03.2018

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:05 Uhr
Ende:	19:24 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Stadtratsvorsitzende:	Frau Pelke
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung durch den Oberbürgermeister	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
9.	Entscheidungsvorlagen	
9.13.	Änderung der Preisvergabe Stadtgoldschmied und Stadtschreiber-Literaturpreis Einr.: Oberbürgermeister	2768/17
9.18.	Stadtrundgang und BuGa barrierefrei Einr.: Fraktion CDU	0012/18
9.19.	Maßnahmen zur Drogenprävention in der Landeshauptstadt Erfurt Einr.: Fraktion CDU	0013/18

9.20.	Konzept flexible Ortsteillotsen/Betreuer für Familien und Senioren sowie Etablierung des dritten Familienzentrums mit dem Programm "Solidarisches Zusammenleben der Generationen" Einr.: Fraktion CDU	0014/18
9.21.	Herausgabe eines Sonderpostwertzeichen und einer Gedenkmünze anlässlich der Bundesgartenschau 2021 in der Landeshauptstadt Erfurt Einr.: Fraktion CDU	0015/18
9.22.	Spielplatzkommission für die Landeshauptstadt Erfurt Einr.: Fraktion SPD	0127/18
9.22.1.	Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/ FDP/ PIRATEN zur Drucksache 0127/18 - Spielplatzkommission für die Landeshauptstadt Erfurt	0551/18
9.23.	Familienfreundliches Erfurt stärken Einr.: Fraktion SPD	0128/18
9.23.1.	Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses zur DS 0128/18 - Familienfreundliches Erfurt stärken	0500/18
9.27.	Bestandsbäume in Bebauungsplänen und bei Baumaßnahmen Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	0328/18
9.28.	PLATZ NEHMEN - 222 Bänke für Erfurt! Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	0362/18
9.28.1.	Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/ FDP/ PIRATEN zur Drucksache 0362/18 - PLATZ NEHMEN - 222 Bänke für Thüringen	0552/18
9.29.	Erfurt - Grüne Hauptstadt Europas Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	0364/18
9.30.	250. Geburtstag Johann Bartholomäus Trommsdorff im Jahr 2020 Einr.: Fraktion CDU	0427/18
9.32.	Verstärkte Umsetzung des VEP-Radverkehr (Verkehrsentwicklungsplan-Radverkehr) Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	0463/18

- 9.33. Für einen kostenlosen, öffentlichen Nahverkehr **0469/18**
Einr.: Fraktion DIE LINKE.
- 9.33.1. Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/ FDP/ PIRATEN zur **0554/18**
Drucksache 0469/18 Für einen kostenlosen, öffentlichen
Nahverkehr
- 9.34. Beendigung des Einsatzes von Glyphosat auf landwirt- **0470/18**
schaftlich und gärtnerisch genutzten Flächen innerhalb
des Stadtgebietes Erfurts
Einr.: Fraktion DIE LINKE.
10. Informationen

1. Eröffnung durch den Oberbürgermeister

In Vertretung des Oberbürgermeisters eröffnete die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend, Frau Thierbach, die weiterführende öffentliche Stadtratssitzung und begrüßte alle Stadtratsmitglieder, Ortsteilbürgermeister, Pressevertreter sowie Gäste.

Sodann übergab sie die Sitzungsleitung an die Stadtratsvorsitzende, Frau Pelke.

Frau Pelke gab bekannt, dass der Hauptausschuss in der Sitzung am 03.05.2011 beschlossen hat, dass die Aufzeichnung der Stadtratssitzungen im Internet als Live-Stream und eine Speicherung der Daten bis zur nächst folgenden Stadtratssitzung durch die Mediengruppe Thüringen bzw. des durch sie beauftragten technischen Dienstleisters, unter den folgenden Bedingungen erfolgt:

- Die Kameraposition und die technischen Rahmenbedingungen werden vor der jeweiligen Stadtratssitzung durch die für die Presse und Öffentlichkeitsarbeit zuständige Dienststelle festgelegt. Es darf nur der jeweilige Redner am Rednerpult und das Präsidium hinter dem Rednerpult aufgezeichnet werden.
- Eine Aufnahme der Zuschauer-Empore und des Stadtratssitzungssaales ist nicht zulässig.
- Durch die Verwaltung wird der Mediengruppe Thüringen vor Beginn der Stadtratssitzung mitgeteilt, welche Personen einer Übertragung widersprochen haben. In der Sitzung können durch die Stadtratsvorsitzende weitere Personen benannt werden. Diese Personen dürfen nicht gefilmt werden.
- Im Übrigen ist die Mediengruppe Thüringen für die rechtmäßige Live-Übertragung der Stadtratssitzung verantwortlich.

Personen, die nicht aufgezeichnet werden wollen, können dies jederzeit der Stadtratsvorsitzenden bekannt geben.

Sie fragte daraufhin, ob jemand der Aufzeichnung, soweit der Redebeitrag von Rednerpult aus erfolgt, widerspricht. Widerspruch erhob sich nicht.

Darüber hinaus hat der Hauptausschuss in der Sitzung am 20.10.2015 die Zustimmung erteilt, dass alle Fraktionen für die laufende Wahlperiode die Redebeiträge ihrer Mitglieder am Rednerpult im öffentlichen Teil von Stadtratssitzungen in Bild und Ton mitschneiden dürfen.

Die Liste der grundsätzlich genehmigten Journalisten gemäß §15 (6) der Geschäftsordnung liegt in den Fraktionsgeschäftsstellen und der für die Presse und Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Dienststelle zur Einsichtnahme für die Sitzungsteilnehmer vor, teilte die Stadtratsvorsitzende weiterhin mit.

Frau Pelke gab bekannt, dass zu diesem Zeitpunkt 29 Mitglieder des Stadtrates anwesend waren. Damit war der Stadtrat beschlussfähig, so die Stadtratsvorsitzende.

Abschließend teilte die Stadtratsvorsitzende mit, dass eine Pause nicht stattfinden wird.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Die Stadtratsvorsitzende teilte mit, dass die Änderungen zur Tagesordnung bereits in der Sitzung am Vortag bekannt gegeben wurden.

Weitere Anträge zur Änderung der Tagesordnung gab es nicht.

9. Entscheidungsvorlagen

9.13. Änderung der Preisvergabe Stadtgoldschmied und Stadtschreiber-Literaturpreis 2768/17 Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben die Drucksache in seiner Sitzung am 07.02.2018 bestätigte (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0).

Der Kulturausschuss bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 01.03.2018 einstimmig (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Da es keine Wortmeldungen gab, erfolgte sogleich die Abstimmung über die Drucksache.

beschlossen Ja 30 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Stadtschreiber-Literaturpreis wird außerturnusmäßig im Jahr 2019 vergeben.

02

Der Preis Erfurter Stadtgoldschmied wird außerturnusmäßig im Jahr 2020 vergeben.

9.18. Stadtrundgang und BuGa barrierefrei 0012/18 Einr.: Fraktion CDU

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt und die Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Zudem kündigte die Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN einen Antrag auf Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung an.

An der Diskussion beteiligten sich (teilweise mehrfach):

- Frau Walsmann, Fraktion CDU, erläuterte die Intention der Drucksache und betonte die Bedeutung, die BUGA und den Stadtrundgang barrierefrei zu gestalten. Hierbei sollen u. a. Reparaturmöglichkeiten für Rollstühle in der Innenstadt gewährleistet werden und beispielsweise in Zusammenarbeit mit der ansässigen Jüttner Orthopädie KG entstehen. Für eine detaillierte Aussprache und Prüfung der Möglichkeiten beantragte sie die Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung.
- Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., hielt den Antrag für entbehrlich und begründete zugleich ihre Ablehnung gegenüber einer Verweisung in den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung.
- Herr Städter, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, verweis auf die bestehende Arbeitsgruppe 'Barrierefreiheit' und deren Tätigkeit mit eingeschränkten Menschen aller Behinderungen. Somit sei diese Drucksache abkömmlich, bemerkte er und zog zugleich im Namen seiner Fraktion den angekündigten Antrag auf Verweisung der Drucksache zurück.
- Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wies ebenfalls auf andere Behinderungen hin und hielt eine Bevorzugung einer bestimmten durch diese Drucksache unpassend. Es sollte eine allgemeine Thematisierung im Fachausschuss – dem Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung – geben bevor eine solche Drucksache formuliert werde. Daher werde ihre Fraktion weder der Drucksache noch der Verweisung zustimmen.
- Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, warb nochmals um die Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung sowie in den BUGA-Ausschuss um in der ausführlichen Diskussion weitere Anregungen in die Drucksache aufzunehmen.
- Herr Möller, Fraktion SPD, führte zu den Beratungen in der AG Barrierefreiheit aus. Zudem sprach er sich gegen die Verweisung der Drucksache in die Fachausschüsse aus, aber regte zugleich an, das Thema Barrierefreiheit im Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung sowie im BUGA-Ausschuss aufzunehmen.
- Herr Pfistner, Fraktion CDU, betonte nochmals, dass es um die Sache an sich gehe und die Drucksache seiner Fraktion nur die Grundlage bilde und dementsprechend einer Verweisung in die Fachausschüsse zugestimmt werden sollte.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Somit rief die Stadtratsvorsitzende zunächst den Antrag der Fraktion CDU auf Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung und in den BUGA-Ausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	19
Enthaltungen:	4

Damit wurde der Antrag abgelehnt.

Anschließend erfolgte die Abstimmung über die Drucksache.

abgelehnt Ja 6 Nein 22 Enthaltung 3 Befangen 0

9.19. Maßnahmen zur Drogenprävention in der Landeshauptstadt Erfurt 0013/18
Einr.: Fraktion CDU

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt und die Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Zudem kündigten die Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Antrag auf Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung an, teilte die Stadtratsvorsitzende mit.

Zu Beginn erläuterte Frau Walsmann, Fraktion CDU, die Intention der Drucksache und wies darauf hin, dass die Stadt Erfurt nach einer aktuellen Studie eine Hochburg für den Konsum der Droge Crystal sei. Die Thematik der Drogenprävention sollte noch mehr ausgeweitet werden und vermehrt in den Schulen ab Klassenstufe 7 angeboten werden. Einer ausführlichen Beratung der Thematik und entsprechenden Verweisung der Drucksache in die Fachausschüsse stand sie positiv gegenüber.

Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wies in ihrer Funktion als Ausschussvorsitzende des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung darauf hin, dass Drogenprävention bereits seit geraumer Zeit im Ausschuss thematisiert werde. Neben den chemischen Drogen sollte auch der Droge Alkohol mehr Bedeutung verliehen werden, betonte sie. Abschließend begrüßte sie die Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung für eine ausführliche Beratung.

Herr Möller, Fraktion SPD, erläuterte seine Sichtweise zur Thematik und signalisierte ebenfalls die Zustimmung zu einer Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung.

Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend, führt zur Thematik aus und ging auf die Stellungnahme der Verwaltung ein. In ihren Ausführungen verwies sie auf die Präventionsleistungen, die bereits erfolgen und sprach sich zugleich dafür aus, dass die Verhandlungen mit den Krankenkassen verstärkt werden müssen und diese somit noch mehr in die Präventionsarbeit einzubeziehen. Zudem müsse eine Evaluierung und Aufarbeitung des bestehenden Problems im Umgang mit Drogen in Erfurt erfolgen. Eine Beratung und ausführliche Erörterung im Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung begrüßte Frau Thierbach.

Abschließend betonte Frau Walsmann nochmals deutlich ihre Sichtweise zur Thematik und Frau Thierbach ermahnte zur Sachlichkeit in dieser Thematik.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, stellte die Stadtratsvorsitzende den Antrag der Fraktion CDU auf Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 31
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag einstimmig bestätigt und die Drucksachen in den o. g. Ausschuss verwiesen.

Verwiesen in Ausschuss

9.20. Konzept flexible Ortsteillotsen/Betreuer für Familien und Senioren sowie Etablierung des dritten Familienzentrums mit dem Programm "Solidarisches Zusammenleben der Generationen" 0014/18
Einr.: Fraktion CDU

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird und die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt.

Zu dieser lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern eine Stellungnahme des Seniorenbeirates vor.

Zudem kündigten die Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Antrag auf Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung und in den Jugendhilfeausschuss an.

An der Diskussion beteiligten sich (teilweise mehrfach):

- Frau Walsmann, Fraktion CDU, erläuterte die Intention der Drucksache und führte zu den inhaltlichen Schwerpunkten aus. Einer Verweisung in den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung und in den Jugendhilfeausschuss werde ihre Fraktion zustimmen, verkündete sie.
- Herr Möller, Fraktion SPD, ging auf die Drucksache ein und verwies zugleich auf den inhaltlich ähnlichen Antrag seiner Fraktion (Drucksache 0128/18). Hierbei erläuterte er die Intention der Drucksache 0128/18 und bat um Zustimmung zu dieser. Zugleich begründete er seine Ablehnung gegenüber der vorliegenden Drucksache 0014/18 und bat indes um eine Verweisung in den Jugendhilfeausschuss.
- Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ging in ihren Ausführungen auf beide Drucksachen (0014/18 und 0128/18) ein. In diesem Zusammenhang beantragte sie die Verweisung der Drucksache 0014/18 in den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung.
- Herr Pfistner, Fraktion CDU, stellte die familiären Maßnahmen und Entstehung des Familienzentrums der letzten Jahre dar. Das dritte Familienzentrum sei notwendig

und muss entstehen. Hierbei sei es gleich von welcher Fraktion der Antrag komme, ermahnte er.

- Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, wies ebenfalls auf den Bedarf eines dritten Familienzentrums im Erfurter Norden hin. Da es sich um eine freiwillige Aufgabe handelt, sei jedoch die Unterstützung vom Land notwendig. Der Verweisung der Drucksache in die beiden fachlich zuständigen Ausschüsse stimmte er zu. Ebenfalls signalisierte er die Zustimmung zur Drucksache 0128/18.
- Abschließend führte die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend, Frau Thierbach, zu der vorliegenden Drucksache sowie zur Drucksache 0128/18 aus und betonte deutlich, dass beide Anträge wichtig sind. In ihren Ausführungen ging sie auf die inhaltlichen Schwerpunkte beider Drucksachen ein. Sie ist verantwortlich für das Organisatorische und die Koordinierung in dieser Thematik, verkündete sie und erläuterte die weiteren Schritte im Verfahrensweg. Hierbei müsse die Höhe der Fördermittel des Landes und zugleich die Höhe der zusätzlichen Mittel, die die Stadt Erfurt aufbringen kann sowie die Bedingungen der Familienpolitik berücksichtigt werden.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, stellte die Stadtratsvorsitzende zunächst den Antrag auf Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung sowie in den Jugendhilfeausschuss zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	31
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Damit wurde der Antrag einstimmig bestätigt und die Drucksache in die o. g. Ausschüsse verwiesen.

Verwiesen in Ausschuss

9.21. Herausgabe eines Sonderpostwertzeichen und einer Gedenkmünze anlässlich der Bundesgartenschau 2021 in der Landeshauptstadt Erfurt 0015/18
Einr.: Fraktion CDU

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt und die Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Die Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN kündigte einen Antrag auf Verweisung der Drucksache in den BUGA-Ausschuss an, teilte die Stadtratsvorsitzende mit.

Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, erläuterte die Intention der Drucksache und bemerkte, dass ein Verweis nicht sinnvoll sei. Es gab die breite Zustimmung aller Fraktio-

nen für die Herausgabe eines Sonderpostwertzeichens anlässlich der BUGA im Jahr 2021 und somit könne die Drucksache abgestimmt bzw. beschlossen werden.

Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend, signalisierte die Zustimmung zur Drucksache und sicherte zu, die notwendigen Schritte für die Herausgabe eines Sonderpostwertzeichens anlässlich der BUGA 2021 einzuleiten.

Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, zog im Namen seiner Fraktion den angekündigten Antrag auf Verweisung der Drucksache zurück.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief die Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über die Drucksache auf.

beschlossen Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unverzüglich alle erforderlichen Maßnahmen einzuleiten, um mit der Herausgabe eines Sonderpostwertzeichens und einer Sondergedenk Münze durch das Bundesministerium für Finanzen auf die Bundesgartenschau (BuGA) im Jahr 2021 hinzuweisen und damit die Eröffnung der BuGa öffentlichkeitswirksam zu begleiten.

02

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in den zuständigen Fachausschüssen, im September 2018 über seine Aktivitäten zur Umsetzung des Beschlusspunktes 1 in schriftlicher Form zu berichten.

9.22. Spielplatzkommission für die Landeshauptstadt Erfurt 0127/18
Einr.: Fraktion SPD

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt.

Der Jugendhilfeausschuss bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 22.02.2018 mehrheitlich (Ja 13 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0).

Es lag ein Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN mit Drucksache 0551/18 vor. Dieser änderte die Ursprungsdrucksache. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Zunächst erläuterte Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, die Intention des Antrages seiner Fraktion.

Daraufhin führte Herr Möller, Fraktion SPD, zur Drucksache aus und teilte im Namen seiner Fraktion mit, dass die Änderungen des Antrages der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN übernommen werden.

Herr Bärwolff, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., verwies auf die Vielzahl bereits bestehender Kommissionen und Beiräte und sprach sich daher gegen die Drucksache aus.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Da die Fraktion SPD die Änderungen des Antrages der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN (Drucksache 0551/18) übernahm, ließ die Stadtratsvorsitzende über die Ursprungsdrucksache in Fassung des Antrages der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN (Drucksache 0551/18) abstimmen.

mit Änderungen beschlossen Ja 28 Nein 2 Enthaltung 1 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Spielplatzkommission für die Landeshauptstadt einzurichten.

02

Ein Satzungsentwurf ist dem Stadtrat bis zum Ende des III. Quartals 2018 vorzulegen.

03

Die Spielplatzkommission soll sich aus folgenden Mitgliedern zusammensetzen:

- jeweils ein von den im Stadtrat vertretenen Fraktionen benanntes Mitglied, das nicht Mitglied der Fraktion sein muss.
- fünf Mitglieder der Stadtverwaltung (Jugendamt, Amt für Bildung, Tiefbau- und Verkehrsamt, Umwelt- und Naturschutzamt, Garten- und Friedhofsamt)
- je einem Vertreter des Stadelternbeirates (Kita) und der Kreiselternvertretung (Schulen)
- zwei Mitgliedern aus der Beteiligungsstruktur junger Menschen in Erfurt
- zu betreffenden Spielplätzen der zuständige Ortsteilbürgermeister (durch Einladung mit Rede- und Beschlussrecht)

04

Die Spielplatzkommission sollte folgende Aufgaben haben:

- Mitarbeit an der Erstellung und anschließenden Fortschreibung einer mittel- und langfristigen Spielplatzkonzeption
- Erarbeitung allgemein gültiger Richtlinien für die Gestaltung und den Betrieb von Spielplätzen in der Landeshauptstadt
- Beratung und Begleitung der Stadtverwaltung bei der Standortsuche, der Planung und Errichtung neuer Spielplätze sowie bei der Sanierung bereits bestehender Einrichtungen

9.22.1. Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/ FDP/ PIRATEN zur 0551/18
Drucksache 0127/18 - Spielplatzkommission für die Lan-
deshauptstadt Erfurt

bestätigt

**9.23. Familienfreundliches Erfurt stärken
Einr.: Fraktion SPD**

0128/18

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt.

Es lag ein Antrag des Jugendhilfeausschusses mit Drucksache 0500/18 vor. Dieser änderte die Ursprungsdrucksache. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Der Jugendhilfeausschuss bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 22.02.2018 in Fassung des Änderungsantrages des Jugendhilfeausschusses (DS 0500/18) (Ja 12 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0).

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 27.02.2018 ebenfalls in Fassung des Änderungsantrages des Jugendhilfeausschusses (DS 0500/18) (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0).

Der Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 28.02.2018 ebenso in der Fassung des Änderungsantrages des Jugendhilfeausschusses (DS 0500/18) (Ja 6 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

Herr Möller, Fraktion SPD, gab im Namen seiner Fraktion bekannt, dass die Änderungen des Antrages des Jugendhilfeausschusses übernommen werden.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief die Stadtratsvorsitzende sogleich zur Abstimmung über die Drucksache in Fassung des Antrages des Jugendhilfeausschusses (Drucksache 0500/18) auf.

mit Änderungen beschlossen Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt:

01

Ein Programm „Familienfreundliches Erfurt“ zu entwickeln.

02

Die Voraussetzungen für die Koordination einer integrierten Planung und Steuerung zur Umsetzung des Landesprogramms „solidarisches Zusammenleben der Generationen“ (LSZ) im Leitungsbereich der Stadtverwaltung zu schaffen.

03

Eine Organisationsstruktur zur Zusammenarbeit aller in der Stadtverwaltung Erfurt mit familienrelevanten Themen Betrauten, insbesondere der Sozialplanung, Jugendhilfeplanung und der Stadtplanung, als Grundlage für die Koordination zu erarbeiten und umzusetzen.

04

Die Ausschüsse des Erfurter Stadtrates sind themenspezifisch an dem Planungsprozess zu beteiligen.

05

Eine Konzeption zur Beteiligung von Familien und aller relevanten Akteure inner- und außerhalb der Stadtverwaltung Erfurt an dem Planungsprozess zu erarbeiten.

06

Das zur Förderung beim Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie erforderliche Maßnahmenpaket dem Stadtrat bis zum 30.09.2018 zur Beschlussfassung vorzulegen.

9.23.1. Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses zur DS 0500/18
 0128/18 - Familienfreundliches Erfurt stärken

bestätigt

9.27. Bestandsbäume in Bebauungsplänen und bei Baumaß- 0328/18
 nahmen
 Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt und die Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Es gab einen angekündigten Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN auf Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt, teilte die Stadtratsvorsitzende mit.

Zunächst erläuterte Herr prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Intention der Drucksache und begründete die inhaltlichen Schwerpunkte.

Frau Dr. Glaß, Fraktion DIE LINKE., warb für eine Firma, die solche Bestandsbäume "rettet" und abtransportiert.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Somit stellte die Stadtratsvorsitzende zunächst den Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, auf Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 22

Nein-Stimmen: 4

Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Drucksache in den o. g. Ausschuss verwiesen.

Verwiesen in Ausschuss

9.28. PLATZ NEHMEN - 222 Bänke für Erfurt! 0362/18
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt und die Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Es lag ein Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN mit Drucksache 0552/18 vor. Dieser änderte und ergänzte die Ursprungsdrucksache. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Zudem kündigten die Fraktionen SPD und CDU einen Antrag auf Verweisung der Drucksache in den Bau- und Verkehrsausschuss an, teilte die Stadtratsvorsitzende mit.

Zunächst erläuterte Frau Gabor, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Intention der Drucksache. Das Ziel sei es vor allem in den Ortsteilen mehr Bänke zum Verweilen und an den Spazierwegen für die Bürger zur Verfügung zu stellen.

Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, führte zum Antrag seiner Fraktion aus und begründete die Ergänzungen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, erkundigte sich die Stadtratsvorsitzende bei den Fraktionen SPD und CDU hinsichtlich des angekündigten Verweisungsantrags der Drucksache.

Daraufhin wurde von beiden Fraktionen mitgeteilt, dass der Antrag auf Verweisung der Drucksache in den Bau- und Verkehrsausschuss besteht und somit ließ die Stadtratsvorsitzende über diesen Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	26
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Dieser Antrag wurde einstimmig bestätigt und die Anfrage in den o. g. Ausschuss verwiesen.

Verwiesen in Ausschuss

9.28.1. Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/ FDP/ PIRATEN zur 0552/18
Drucksache 0362/18 - PLATZ NEHMEN - 222 Bänke für
Thüringen

Verwiesen in Ausschuss

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt und die Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Die Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN kündigte einen Antrag auf Verweisung der Drucksache in den Hauptausschuss an, teilte die Stadtratsvorsitzende mit.

Zunächst erläuterte Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Intention der Drucksache und führte zu den inhaltlichen Schwerpunkten aus.

Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, nahm Bezug zur Drucksache und beantragte die Verweisung in den Hauptausschuss.

Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ging auf die Aussagen seines Vorredners und erläuterte nochmals das Anliegen seiner Fraktion. Mit dem Beschluss der Drucksache solle zunächst eine Analyse erstellt werden um über das weitere Verfahren zu entscheiden.

Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, zog im Namen seiner Fraktion den Antrag auf Verweisung der Drucksache zurück.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Somit stellte die Stadtratsvorsitzende zunächst den Antrag der Fraktion CDU auf Verweisung der Drucksache in den Hauptausschuss zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	21
Enthaltungen:	0

Damit wurde der Antrag abgelehnt.

Sodann erfolgte die Abstimmung der Ursprungsdrucksache.

beschlossen Ja 21 Nein 5 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung eine Analyse zu erstellen, wann und mit welchen Maßnahmen eine Bewerbung zur Umwelthauptstadt Europas möglich ist. Bestandteil der Analyse soll auch eine Kosten-Nutzen-Bewertung sein. Dazu sind Erfahrungen aus anderen Titelträgerstädten, z.B. Essen, einzubeziehen.

02

Die Analyse ist dem Stadtrat im IV. Quartal 2018 vorzulegen.

9.30. 250. Geburtstag Johann Bartholomäus Trommsdorff im Jahr 2020 **0427/18**
Einr.: Fraktion CDU

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt und die Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Zudem kündigten die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN einen Antrag auf Verweisung der Drucksache in den Kulturausschuss an, teilte die Stadtratsvorsitzende mit.

Herr Hose, Fraktion CDU, erläuterte die Intention der Drucksache und signalisierte die Zustimmung zum Antrag auf Verweisung der Drucksache in den Kulturausschuss.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief die Stadtratsvorsitzende sogleich den Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN auf Verweisung der Drucksache in den Kulturausschuss auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	26
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Drucksache in den o. g. Ausschuss verwiesen.

Verwiesen in Ausschuss

9.32. Verstärkte Umsetzung des VEP-Radverkehr (Verkehrsentwicklungsplan-Radverkehr) **0463/18**
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt und die Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Es gab einen angekündigten Antrag der Fraktion SPD auf Verweisung der Drucksache in den Bau- und Verkehrsausschuss und in den Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben und einen angekündigter Antrag der Fraktion CDU auf Verweisung der Drucksache in den Bau- und Verkehrsausschuss, in den Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben und in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt.

Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, führte zunächst zur Drucksache seiner Fraktion aus und teilte anschließend mit, dass seine Fraktion den Anträgen auf Verweisung der Drucksache in den Bau- und Verkehrsausschuss, den Aus-

schuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben und in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt zustimmen werde.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, fasste die Stadtratsvorsitzende die vorliegenden Anträge zusammen und ließ gemeinsam über die Verweisung der Drucksache in den Bau- und Verkehrsausschuss, den Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben und in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	26
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Damit wurden die Anträge bestätigt und die Drucksache in die o. g. Ausschüsse verwiesen.

Verwiesen in Ausschuss

9.33. Für einen kostenlosen, öffentlichen Nahverkehr 0469/18
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt und die Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Es lag ein Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN mit Drucksache 0554/18 vor. Dieser ersetzte die Ursprungsdrucksache. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Zudem kündigten die Fraktionen SPD und CDU einen Antrag auf Einzelabstimmung der Beschlusspunkte der Drucksache 0469/18 an, teilte die Stadtratsvorsitzende mit.

Weiterhin gab es einen angekündigter Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Verweisung der Drucksache in den Bau- und Verkehrsausschuss.

Herr Bärwolff, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., erläuterte die Intention der Drucksache, führte zu den inhaltlichen Schwerpunkten aus und warb um Zustimmung. In seinen Ausführungen begrüßte er den Vorschlag des kostenfreien Nahverkehrs für Auszubildende bis zum 25. Lebensjahr und teilte mit, dass seine Fraktion den Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN als Beschlusspunkt 04 mittragen werde.

Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, begrüßte die Thematik der Drucksache, warb für die Einbeziehung der Kostenfreiheit für Auszubildende bis zum 25. Lebensjahr und begrüßte die Übernahme des Antrages seiner Fraktion in die Ursprungsdrucksache.

Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, ging auf die Drucksache ein und äußerte seine Skepsis gegenüber einzelnen Beschlusspunkten. Dahingehend beantragte er die Einzelabstimmung der Beschlusspunkte.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Auf Nachfrage zog Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag auf Verweisung der Drucksache zurück.

Somit stellte die Stadtratsvorsitzende zunächst den Antrag der Fraktion CDU auf Einzelabstimmung der Beschlusspunkte zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	20
Nein-Stimmen:	4
Enthaltungen:	2

Somit wurde der Antrag bestätigt und die Stadtratsvorsitzende rief die Beschlusspunkte der Drucksache 0469/18 inkl. dem geänderten Beschlusspunkt 04 in Fassung des Antrages der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN (Drucksache 0554/18) einzeln zur Abstimmung auf.

Zu Beginn erfolgte die Abstimmung über den Beschlusspunkt 01:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich beim Bund für ein Modellprojekt in der Landeshauptstadt Erfurt zum fahrscheinfreien Nahverkehr zu bewerben.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	4
Nein-Stimmen:	21
Enthaltungen:	1

Damit wurde der Beschlusspunkt abgelehnt.

Sodann stellte die Stadtratsvorsitzende den Beschlusspunkt 02 zur Abstimmung.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zudem mit dem Freistaat und dem zuständigen Ministerium dazu Gespräche zu führen, wie ein solches Modellvorhaben seitens des Freistaats, sowohl beim Bund, als auch durch das Land selbst unterstützt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	4
Nein-Stimmen:	21
Enthaltungen:	1

Dieser Beschlusspunkt wurde ebenfalls abgelehnt.

Anschließend erfolgte die Abstimmung über den Beschlusspunkt 03:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit der EVAG die entsprechenden Voraussetzungen zu prüfen, um ein solches Modellprojekt in Erfurt umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 4
Nein-Stimmen: 21
Enthaltungen: 1

Somit wurde auch dieser Beschlusspunkt abgelehnt.

Im Anschluss stellte die Stadtratsvorsitzende den Beschlusspunkt 04 in der Fassung des Antrages der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN (Drucksache 0554/18) zur Abstimmung:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit den Erfurter Verkehrsbetrieben bis zum Ende des II. Quartals 2018 ein geeignetes Konzept zu entwickeln, welches die Einführung des kostenfreien Nahverkehrs für Kinder und Jugendliche, bis zum vollendeten 18. Lebensjahr ermöglicht, Auszubildende bis zur Vollendung des 25. Lebensjahr sind einzubeziehen. Das Land Thüringen ist in die Planung und Prüfung von Fördermöglichkeiten für die Umsetzung der Kostenfreiheit einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 26
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Damit wurde dieser Beschlusspunkt beschlossen.

Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit den Erfurter Verkehrsbetrieben bis zum Ende des II. Quartals 2018 ein geeignetes Konzept zu entwickeln, welches die Einführung des kostenfreien Nahverkehrs für Kinder und Jugendliche, bis zum vollendeten 18. Lebensjahr ermöglicht, Auszubildende bis zur Vollendung des 25. Lebensjahr sind einzubeziehen. Das Land Thüringen ist in die Planung und Prüfung von Fördermöglichkeiten für die Umsetzung der Kostenfreiheit einzubeziehen.

**9.33.1. Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/ FDP/ PIRATEN zur 0554/18
Drucksache 0469/18 Für einen kostenlosen, öffentlichen
Nahverkehr**

bestätigt mit Änderungen

9.34. Beendigung des Einsatzes von Glyphosat auf landwirtschaftlich und gärtnerisch genutzten Flächen innerhalb des Stadtgebietes Erfurts
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

0470/18

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt und die Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Zu Beginn erläuterte Frau Dr. Glaß, Fraktion DIE LINKE., die Intention des Antrages und das Anliegen ihrer Fraktion. Sie bat um Zustimmung zum Antrag.

Sodann wies Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, darauf hin, dass der Antrag entbehrlich sei, da der Einsatz von Glyphosat bereits seit sechs Jahren in der Erfurter Innenstadt verboten ist.

Daraufhin begrüßte Frau Gabor, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Thematik des Antrages bemerkte aber zugleich, dass der Antrag abkömmlich sei, da das Verbot bereits seit dem Jahr 2012 bestehe.

Auch Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, verwies auf das bestehende Verbot für den Einsatz von Glyphosat und die Entbehrlichkeit der Drucksache.

So bezeichnete auch Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, abschließend die Drucksache als unnötig.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief die Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über die Drucksache auf.

abgelehnt Ja 7 Nein 19 Enthaltung 0 Befangen 0

10. Informationen

Informationen gab es nicht. Somit beendete die Stadtratsvorsitzende, Frau Pelke, die Sitzung des Stadtrates.

gez. Pelke
Stadtratsvorsitzende

gez. 
Schriftführer/in

